

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

### **Soziale Ungleichheiten besser erkennen und entgegensteuern – Sozialindex schärfen und fortentwickeln**

Das Land Bremen nutzt seit über 25 Jahren Sozialindikatoren, um soziale Ungleichheiten in Stadtteilen zu erkennen und um diesen durch gezielte Steuerung von Haushaltsmitteln entgegenzuwirken. Im Laufe der Zeit wurden die Berechnungsmodelle und Indikatoren verändert und erweitert, anhand derer die Lebenssituationen der Menschen im Stadtteil gemessen wurden. Die aktuelle Berechnungsgrundlage bildet das Konzept „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“. Dieses Konzept gilt es weiterzuentwickeln und auf eine kleinräumigere Betrachtung auf Baublockebene auszurichten.

Das bisherige Monitoring bietet zwar statistische Hinweise auf die soziale Situation der Menschen in einzelnen Ortsteilen und lässt das vermehrte Auftreten von sozialen Problemlagen in bestimmten Bereichen grundsätzlich erkennen. Jedoch wird der Blick auf einige Quartiere verzerrt, wenn sich soziale Brennpunkte untermittelbar neben gutbürgerlichen Wohnstraßen befinden. Dies führt dazu, dass Ortsteile in der Gesamtbetrachtung vermeintlich weniger Handlungsbedarf aufweisen. Das kleinteiligere Herunterbrechen auf die sozialen Indikatoren im Wohnquartier und auf die Baublockebene würde hingegen den wahren Bedarf ausweisen. Dies hätte auch entscheidenden Einfluss auf die Mittelzuweisungen der WIN- und Soziale Stadt-Gebiete, Kindergärten und Schulen.

Die kleinräumigere Fokussierung von Quartieren ist ein wichtiger Schritt, um Quartiere zu stärken, die dank ihrer jahrzehntelangen Integrationsleistung auch bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten unmittelbar große Hilfe geleistet haben. Den vielfältigen Herausforderungen, vor denen diese Quartiere stehen, muss durch die Anpassung der Sozialindikatoren auf Baublockebene Rechnung getragen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Anpassung des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ vorzunehmen,
  - a) indem kleinteiligere Raumeinheiten auf Baublockebene neu definiert und festgelegt werden und damit eine neue Berechnungsgrundlage für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven geschaffen wird,

- b) mit der das Ziel verfolgt wird zu prüfen, inwieweit die bisherigen Leitindikatoren als fachliche Bewertungsgrundlage ausreichend und ob diese nicht um weitere Indikatoren zu ergänzen sind,
  - c) die es ermöglicht, anhand der neuen Berechnungsgrundlage die Sozialindikatoren neu auszuwerten und in eine entsprechende Ressourcenermittlung und -ausstattung einfließen zu lassen.
2. darzustellen, wie die zukünftig neu definierten kleinteiligen Raumeinheiten außerhalb der bisher bestehenden WIN- und Soziale Stadt-Gebiete zusätzlich finanziert werden können.
  3. der Bürgerschaft sechs Monate nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Henrike Müller, Dr. Matthias Güldner, Sülmez Dogan, Björn Fecker, Dr. Maïke Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD